



Gut 60 Menschen nahmen an der Tagung an der Evangelischen Akademie in Loccum teil.

FOTOS: GRAUE

Kein Schadstoffaustrag nachgewiesen

Sonderabfalldeponie Münchehagen war Thema bei Fachtagung an der Akademie Loccum / Monitoring-Ergebnisse

Von Jörn Graue

Loccum/Münchehagen. Kontinuierliche Beobachtung ist seit 25 Jahren das Mittel der Wahl bei der Sonderabfalldeponie Münchehagen. Die Situation sei unter Kontrolle, hieß es aus der Wissenschaft bei einer Tagung an der Evangelischen Akademie in Loccum mit dem Titel „Gesicherte Altlast Sonderabfalldeponie Münchehagen“. Offene Fragen gibt es nach wie vor.

Mit Sicherungsmaßnahmen und ständiger Beobachtung soll verhindert werden, dass Giftstoffe aus der einstigen Sonderabfalldeponie entweichen. Das ist bislang gelungen. Bei einer Tagung an der Evangelischen Akademie in Loccum mit rund 60 Teilnehmern kamen auch offene Fragen zur Sprache. Die Altlasten in der früheren Sonderabfalldeponie Münchehagen, kurz SAD, wiegen auch heute schwer. Rund 406.000 Kubikmeter

teils hochgiftiger Abfälle wie Schlämme, Lacke und Flugasche aus Müllverbrennungsanlagen aus den Jahren 1968 bis 1983 befinden sich im Boden des Areals. Von 1999 bis 2001 war schließlich eine umfassende Sicherung des Areals erfolgt. Kernstück war der Bau eines Dichtwandkastens. 1,26 Kilometer lang und 80 Zentimeter dick reicht die dazugehörige Dichtwand aus Polyethylen in den Boden. Hinzu kam eine Oberflächenabdichtung,

um den Eintrag von Regenwasser zu verhindern. Seit fast 25 Jahren gibt es ein begleitendes wissenschaftliches Monitoringverfahren. Nach Angaben von Frank Schmidt, Diplom-Geologe und Mitglied des Bewertungsgremiums Altlast SAD Münchehagen, befinden sich 122 Grundwassermessstellen auf dem Gelände. Den Grundwasserströmen und ihren Beschaffenheiten gilt seit jeher die Aufmerksamkeit. Das Grundwasser fließt

aus Richtung Nordost nach Südwesten in Richtung des Vorfluters Ils, erläuterte Schmidt. Aus der Deponie komme kein Wasser, betonte der Diplom-Geologe. Bislang sei kein Schadstoff-Austrag aus dem Deponiekörper nachgewiesen worden, erklärte Diplom-Ingenieur Christian Pogendorf, der zusammen mit Schmidt und Diplom-Physiker Meinfried Striegnitz das Bewertungsgremium für die SAD bildet. Im vergangenen Sommer hatten drei Messstellen Dimethylchloroacetal angezeigt. Bei der Vorstellung des dazugehörigen Monitoringberichts im Planungs- und Umweltausschuss der Stadt Petershagen im Juli 2023 hatte Schmidt nach eigenen Worten keine Anzeichen für ein Unterströmen der Dichtwand gesehen und war davon ausgegangen, dass sich jener Stoff bereits vor dem Einbau der Dichtwand dort befunden hätte.

Bei der Tagung verwies Pogendorf darauf, dass Giftstoffe ein langsames Transportverhalten hätten. Rund 300.000 Euro koste das Monitoring jährlich, sagte Dr. Uwe Kallert aus dem Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz auf Nachfrage. Die drei Wissenschaftler machten deutlich, dass Ausschläge bei den Grundwasser-Messungen normal seien und diese über einen längeren Zeitraum beobachtet werden müssten, anstatt sofort Maßnahmen einzuleiten. Die Situation sei unter Kontrolle, hieß es. „Eine belastbare Prognose, dass ein Stoffaustrag auch mittel- und langfristig für die Zukunft mit Sicherheit auszuschließen sein wird, kann zur Zeit wegen der sehr langfristigen Prozesse der Schadstoffverlagerung nicht gegeben werden“, erläuterte Pogendorf. Damit sei es derzeit auch nicht möglich, eine endgültige Aussage über die Verzichtbarkeit weiterer Sicherungselemente zu treffen.

Das sagen die Bürgerinitiativen

Plädoyer für ergebnisoffenen Austausch mit Bürgern zum künftigen Umgang mit der „Giftkippe“

Loccum/Münchehagen. Die Bürgerinitiativen „Stopp den Giftmüll – Wir wehren uns!“ aus Petershagen und die Umweltgruppe Wiedensahl aus der Samtgemeinde Niederwöhren treten für den offenen Austausch in Sachen Sonderabfalldeponie Münchehagen (SAD) ein. Über den künftigen Umgang mit Altlasten solle offen und transparent auch mit Bürgerinnen und Bürgern beraten werden. Mit Blick auf aktuelle Diskussionen um Nachhaltigkeit treten die Aktiven dafür ein, jetzt Lösungen umzusetzen und das Problem „Giftkippe“ nicht auf kommende Generationen zu verschieben.



Peter Thiele von der Bürgerinitiative „Stopp den Giftmüll – Wir wehren uns!“, Meinhart Behrens aus der Umweltgruppe Wiedensahl und Tagungsleiterin Dr. habil. Monika Müller (von links).

FOTO: GRAUE

Die Diskussionen darüber, Nachhaltigkeit ins Grundgesetz aufzunehmen, würde Gemeinden jetzt ein ganz anderes Standing verschaffen, sagte Peter Thiele von „Stopp den Giftmüll – Wir wehren uns!“. Er äußerte Kritik an den vorliegenden Monitoring-Ergebnissen: „Auf Grundlage der Ergebnisse würde ich in kein Langzeit-Monitoring einsteigen“, sagte er. Das Bewertungsgremium hätte mit Münchehagen eine Wohlgefühldeponie vorgestellt, sagte Thiele.

Vorsitzender Wolfgang Riesner warb für eine ergebnisoffene Betrachtung von Risiken, aber auch

Chancen einer Rückholung, um eine größtmögliche Entscheidungsbasis für die demokratisch gewählten Vertreter in den betroffenen Kommunen herzustellen. Nach Angaben der Initiative betonte er das Selbstverständnis, jedes dabei konsensfähige Ergebnis dieses Prozesses mit zu tragen; ausdrücklich auch dann, wenn dies eine Fortführung der bestehenden Sicherungsmaßnahmen sein sollte.

„Zu unserer Freude signalisierten vor allem die anwesenden Bürgermeister Dirk Breves (Petershagen)

sowie Martin Franke (Rehburg-Loccum) dass sie das Thema Dekontamination zukünftig deutlicher in den Fokus nehmen möchten und eine breitere Kommunikation der Analysen des Bewertungsgremiums anstreben“, heißt es von der Petershäger Initiative im Nachgang zu der Tagung in Loccum. Meinhart Behrens, Sprecher der Umweltgruppe Wiedensahl, beschrieb erfolgreiche Rückholungen von Giftmüll aus stillgelegten Anlagen und verwies auf Kolliken in der Schweiz. Dort sei das Rausholens des

Giftmülls Konsens gewesen. Für das Verbrennen des Giftmülls gebe es in Deutschland Überkapazitäten, sagte Behrens.

Er verwies darauf, dass das Bewertungsgremium für die Deponie in Münchehagen die Tagung mit ausrichten würde und ließ durchblicken, dass er sich Wissenschaftler für das Thema Dekontamination, sprich Rückholung des Giftmülls, gewünscht hätte.

Meinfried Striegnitz, Sprecher des Bewertungsgremiums für die SAD, betonte, dass Kolliken und Münchehagen nicht vergleichbar seien. Die Böden seien unterschiedlich, ebenso das Gefährdungspotenzial. Auch hätte es in Münchehagen keine nachgewiesenen Stoffausträge gegeben.

In Münchehagen gebe es auch Fragezeichen und Probleme. Daher brauche es eine Überwachung. „Wir haben keine Wohlgefühldeponie vorgestellt“, sagte der Diplom-Physiker. Man müsse wachsam sein, aber keine Schreckensbilder, für die es keine Grundlage gibt, bringen.

In Niedersachsen gebe es zu wenig Verbrennungskapazitäten, wandte Dr. Uwe Kallert vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz ein.

Die drei Wissenschaftler machten deutlich, dass Ausschläge bei den Grundwasser-Messungen normal seien und diese über einen längeren Zeitraum beobachtet werden müssten, anstatt sofort Maßnahmen einzuleiten. Die Situation sei unter Kontrolle, hieß es. „Eine belastbare Prognose, dass ein Stoffaustrag auch mittel- und langfristig für die Zukunft mit Sicherheit auszuschließen sein wird, kann zur Zeit wegen der sehr langfristigen Prozesse der Schadstoffverlagerung nicht gegeben werden“, erläuterte Pogendorf. Damit sei es derzeit auch nicht möglich, eine endgültige Aussage über die Verzichtbarkeit weiterer Sicherungselemente zu treffen.

Die drei Wissenschaftler machten



Die Wissenschaftler Meinfried Striegnitz, Christian Pogendorf und Frank Schmidt (von links) bilden das Bewertungsgremium. Rechts im Bild: Susanne Heuer vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Hildesheim.

Machbarkeitsstudie zur Dekontamination denkbar

Rehburg-Loccum's Stadtbürgermeister will an Langfrist-Monitoring festhalten, aber Auskoffering stärker in den Blick nehmen

Von Jörn Graue

Loccum/Münchehagen. Der künftige Umgang mit der einstigen Sonderabfalldeponie Münchehagen, kurz SAD, sorgt immer wieder für teils kontroverse Diskussionen. Im Raum stehen dann zumeist die Möglichkeiten von Auskoffering und Abtransport des Giftmülls, so genannte Dekontamination, und einer langfristigen Überwachung, Martin Franke, Stadtbürgermeister von Rehburg-Loccum, spricht sich weiterhin für eine langfristige Fortsetzung des laufenden Monitorings der Anlage aus.

Damit gebe es ein funktionierendes Verfahren. Es handele sich um einen langfristigen Prozess, der

nicht ständig hinterfragt werden müsste. Damit nimmt er Bezug auf einen Beschluss des Stadtrates Rehburg-Loccum aus dem Jahr 2022, einen Vertrag über 30 Jahre für eine Langfrist-Sicherung mit dem Land Niedersachsen abzuschließen.

Zuletzt gab es dafür allerdings keine Zustimmung aus der Stadt Petershagen. Der Rat würde sich damit im ersten oder zweiten Quartal befassen, hieß es von dort im vergangenen November. Im Spätsommer 2022 hatte auch das Niedersächsische Umweltministerium auf die Bremse gedrückt. Der Vertrag sei noch nicht unterschrieben, hieß es vor rund eineinhalb Jahren aus Hannover.

Die Möglichkeit einer Dekonta-

mination befinde sich in dem geltenden Vertrag für das Monitoring, betont Franke. Dies solle seinen Worten zufolge künftig deutlicher kommuniziert werden. Wiederholt hatte es Kritik daran gegeben, dass mit dem Einstieg in ein Langfrist-Monitoring das Thema Rückholung der Altlasten womöglich vom Tisch sei und dies dem Land in die Hände spiele. Eine Dekontamination würde nicht unter einer Milliarde Euro kosten, sagte Dr. Uwe Kallert vom Niedersächsischen Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz auf Nachfrage.

Die Beispiele für eine Dekontamination aus der Schweiz oder auch in Baden-Württemberg würden von anderen Rahmenbedingungen aus-

gehen als in Münchehagen. Beispielsweise sei es in Süddeutschland möglich gewesen, die ausgekofferten Stoffe per Schiff abzutransportieren.

Es sei aber vorstellbar, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Die soll seinen Worten zufolge dann zeigen, was für Münchehagen machbar ist und was nicht. „Dann gucken wir nicht immer aus der Vogelperspektive drauf und sagen: Geht nicht“, erklärt der Verwaltungschef. Von der SAD als gesicherter Altlast gehe keine Gefahr aus. Die Deponie sei eingekapselt. „Ich würde es so lassen. Was kommt, würde die Situation verschlechtern“, sagt der Stadtbürgermeister mit Blick auf eine Dekonta-

mination. Er sieht nach eigenen Worten neue Gefahren im Fall einer Auskoffering. Das Inventar sei weitgehend unbekannt, sprich: Niemand weiß mit abschließender Sicherheit, was für Giftstoffe im Boden der Deponie liegen.

Er würde ein in Teilen der Bevölkerung höheres Informationsbedürfnis wahrnehmen, sagt Franke. Die Bürgerinitiativen „Umweltgruppe Wiedensahl“ und „Stopp den Giftmüll – Wir wehren uns“ aus Petershagen hatten sich bei der Tagung auch dafür ausgesprochen, eine neuerliche Veranstaltung zu der Thematik anzubieten und dabei stärker Dekontamination zu betrachten. Das würde beraten, so Franke.



Martin Franke plädiert für eine langfristige Überwachung der Sonderabfalldeponie.

FOTO: GRAUE